

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI

§ 1 Einleitung . . . . .	1
--------------------------	---

## *Teil 1*

### Grundlagen

§ 2 Relevanz der Informationsbeschaffung. . . . .	23
§ 3 Rechtsvergleichende Grundlagen . . . . .	45
§ 4 Europäische und internationale Harmonisierungsbestrebungen und Regelwerke . . . . .	80

## *Teil 2*

### Das Spannungsverhältnis zwischen Parteiherrschaft und Richtermacht: Parteivortrag und richterliche Prozessleitung als Mittel zur Aufklärung

§ 5 Grenzen des Verhandlungsgrundsatzes . . . . .	97
§ 6 Grenzen der Hoheit der Parteien . . . . .	110

## *Teil 3*

### Information und Offenlegung

§ 7 Instrumente zur Beseitigung von Informationsdefiziten . . . . .	129
§ 8 Entwicklung einer prozessualen Verwirklichung der Verbindung von Rechtsdurchsetzung und Geheimnisschutz . . . . .	185

§ 9 Die weitergehenden Forderungen nach einer Aufklärungspflicht der Parteien . . . . .	255
---	-----

#### *Teil 4*

### Beweiserleichterungen

§ 10 Gesetzliche Beweiserleichterungen . . . . .	269
§ 11 Richterrechtliche Beweiserleichterungen . . . . .	291

#### *Teil 5*

### Ausgestaltung und Auslegung des materiellen Rechts als Anreizsystem und als Mechanismus des Interessenausgleichs

§ 12 Materiellrechtlich veranlasste Beweismaßsenkung . . . . .	327
§ 13 Gesetzgeberische Risikozuweisung über Vermutungen, Fiktionen und Auslegungsregeln . . . . .	330

#### *Teil 6*

### Schluss

§ 14 Fazit . . . . .	347
§ 15 Ergebnisse . . . . .	356
Literaturverzeichnis . . . . .	375
Stichwortverzeichnis . . . . .	401

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
 § 1 <i>Einleitung</i> . . . . .	1
I. Problemstellung . . . . .	2
1. Die rechtliche und rechtspolitische Perspektive: Die Entscheidung auf unsicherer Tatsachengrundlage. . . .	3
2. Die ökonomische Perspektive: Die Steuerungswirkung der Rechtsprechung . . . . .	5
3. Die Gemengelage aus materiellrechtlicher und prozessualer Mitwirkung der Parteien sowie der Reduktion der Darlegungs- und Beweisanforderungen. . . . .	7
II. Wertungsgesichtspunkte zur Konkretisierung der Mit- wirkungungsverantwortung der Parteien und der Darlegungs- und Beweisanforderungen . . . . .	10
1. Verhältnis von materiellem Recht und Prozessrecht . . . .	10
a) Einfluss des Prozessrechts auf das materielle Recht . . .	11
b) Materialisierung des Zivilprozessrechts . . . . .	13
2. Wechselwirkungen zwischen Mitwirkung und Beweiserleichterungen. . . . .	14
III. Ansätze zur Problemlösung . . . . .	15
IV. Ziel der Untersuchung . . . . .	17
1. Die Bereinigung der Gemengelage. . . . .	17
2. Bedeutung des Verfahrensrechts vor dem europäischen Hintergrund . . . . .	19
3. Kernfragen . . . . .	21

## Teil 1

### Grundlagen

§ 2 <i>Relevanz der Informationsbeschaffung</i> . . . . .	23
I. Anforderungen an den Parteivortrag und damit verbundene Schwierigkeiten . . . . .	24
1. Klageerhebung . . . . .	24

2. Hauptverhandlung und schriftsätzliche Vorbereitung. . . .	25
3. Ergebnis . . . . .	27
II. Das System der Risikozuweisung . . . . .	27
1. Behauptungs- und Beweisbedürftigkeit. . . . .	27
a) Nicht bestrittene Behauptungen und zugestandene Tatsachen . . . . .	28
b) Offenkundige Tatsachen . . . . .	28
aa) Offenkundigkeit . . . . .	29
bb) Behauptungslast . . . . .	30
cc) Gegenbeweis . . . . .	32
2. Beweislast. . . . .	33
a) Objektive Beweislast . . . . .	33
b) Subjektive Beweislast . . . . .	35
c) Konkrete Beweisführungslast . . . . .	36
3. Behauptungslast . . . . .	36
a) Objektive und subjektive Behauptungslast . . . . .	36
b) Abstrakte und konkrete Behauptungslast. . . . .	37
4. Beweiswürdigung . . . . .	38
5. Beweismaß . . . . .	39
a) Vollbeweis als Regelbeweismaß . . . . .	40
b) Glaubhaftmachung . . . . .	41
6. Beweiserleichterungen und Beweislastumkehr. . . . .	42
7. Ergebnis . . . . .	45
§ 3 Rechtsvergleichende Grundlagen . . . . .	45
I. USA. . . . .	46
1. Klageerhebung und pretrial. . . . .	47
2. Sinn und Zweck der pretrial discovery . . . . .	48
3. Instrumente der pretrial discovery im Einzelnen . . . . .	49
4. Risiken der pretrial discovery und Gegenmaßnahmen . . . . .	50
5. Grenzen der pretrial discovery. . . . .	52
a) Privileges . . . . .	52
b) Protective orders. . . . .	53
c) Insbesondere: Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen gegenüber dem Prozessgegner . . . . .	53
6. Folgen einer Mitwirkungsverweigerung . . . . .	56
7. Fazit zum US-amerikanischen Recht . . . . .	56
II. England. . . . .	57
1. Woolf-Reforms. . . . .	58
2. Disclosure . . . . .	58
3. Grenzen der disclosure . . . . .	60

4. Insbesondere: Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen . . .	61
5. Search order (Anton-Piller-Order). . . . .	62
6. Fazit zum englischen Recht. . . . .	63
III. Österreich . . . . .	65
1. Materielle richterliche Prozessleitung . . . . .	65
2. Vorlagepflichten der Parteien . . . . .	65
3. Beweiserhebung von Amts wegen . . . . .	66
4. Weigerungsrechte . . . . .	67
5. Sanktionen . . . . .	68
6. Fazit zum österreichischen Recht . . . . .	68
IV. Schweiz . . . . .	69
1. Materielle richterliche Prozessleitung . . . . .	69
2. Verhandlungsgrundsatz als Ausgangspunkt . . . . .	70
3. Tatsachenfeststellung . . . . .	70
4. Mitwirkungslasten und -pflichten . . . . .	71
5. Weigerungsrechte . . . . .	71
6. Insbesondere: Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen . . .	72
7. Sanktionen . . . . .	74
8. Fazit zum Schweizer Recht . . . . .	74
V. Zusammenfassung. . . . .	75
1. Rollenverteilung zwischen Gericht und Parteien. . . . .	75
2. Reichweite der Mitwirkungspflichten . . . . .	76
3. Risiken und Grenzen . . . . .	77
4. Sanktionsmechanismen . . . . .	79
5. Fazit zur Rechtsvergleichung. . . . .	79
 § 4 <i>Europäische und internationale Harmonisierungsbestrebungen und Regelwerke</i> . . . . .	 80
I. Ansätze im europäischen Zivilprozessrecht: Der Störme-Bericht . . . . .	 81
1. Offenlegungspflichten der Parteien . . . . .	82
2. Offenlegungspflichten Dritter . . . . .	83
3. Fazit. . . . .	84
II. Principles of Transnational Civil Procedure . . . . .	84
1. Richterliche Prozessleitung und Verhandlungsgrundsatz . .	85
2. Zugang zu Informationen und Beweismitteln . . . . .	85
3. Sanktionen bei verweigerter Mitwirkung und Kostentragung . . . . .	86
4. Fazit. . . . .	87
III. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit . . . . .	87
IV. Die Enforcement-Richtlinie und ihre Umsetzung. . . . .	90

1. Beweismittelvorlage . . . . .	91
2. Beweissicherungsmaßnahmen . . . . .	93
3. Recht auf Auskunft . . . . .	94
4. Bewertung . . . . .	95

## Teil 2

### Das Spannungsverhältnis zwischen Parteiherrschaft und Richtermacht: Parteivortrag und richterliche Prozessleitung als Mittel zur Aufklärung

§ 5 Grenzen des Verhandlungsgrundsatzes . . . . .	97
I. Inhalt und Berechtigung des Verhandlungsgrundsatzes . . . . .	98
II. Gerichtliche Erörterungs- und Hinweispflicht. . . . .	102
III. Beweiserhebung von Amts wegen . . . . .	104
IV. Mitwirkungsverantwortung der Parteien. . . . .	106
V. Fazit. . . . .	109
§ 6 Grenzen der Hoheit der Parteien . . . . .	110
I. Die Erklärungs- und Wahrheitspflicht . . . . .	111
1. Pflicht zur Wahrhaftigkeit . . . . .	111
2. Legitimation eines unwahren Tatsachenvortrags. . . . .	112
a) Neuregelung der Rechtsbeziehung durch die Parteien. . . . .	113
aa) Bindung des Gerichts an übereinstimmende Rechtsauffassungen . . . . .	114
bb) Prozessökonomische Vorteile . . . . .	116
cc) Ergebnis . . . . .	117
b) Zulässigkeit der Beendigung des Verfahrens durch Klagerücknahme, Erledigungserklärung und Prozess- vergleich . . . . .	117
c) Zulässigkeit von Anerkenntnis und Verzicht . . . . .	118
d) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	119
e) Wirkung der gerichtlichen Entscheidung . . . . .	119
3. Bindung der Parteien und des Gerichts an wahrheitswidrigen Vortrag . . . . .	120
4. Ergebnis . . . . .	122
II. Unzulässige Erklärung mit Nichtwissen . . . . .	123
1. Erkundigungspflicht . . . . .	124
2. Eigener Organisationsbereich . . . . .	124
3. Vertretung . . . . .	126

4. Folge der unzulässigen Erklärung mit Nichtwissen . . . . .	126
5. Fazit . . . . .	127
III. Folgerungen für die Aufklärung und Mitwirkung . . . . .	127

### Teil 3

## Information und Offenlegung

§ 7 <i>Instrumente zur Beseitigung von Informationsdefiziten</i> . . . . .	129
I. Materiellrechtliche Ansprüche zur Überwindung von Informationsdefiziten . . . . .	130
1. Besondere gesetzlich geregelte Aufklärungs- und Mitwirkungspflichten . . . . .	130
a) Die Wahrnehmung der Interessen einer anderen Partei . . . . .	131
b) Eingriff in einen anderen Rechtskreis . . . . .	132
c) Klärung des Anspruchsinhalts oder bestehender Einwendungen . . . . .	133
d) Sicherung eines Rechts . . . . .	134
e) Informationsrechte aus besonderem sozialen Kontakt. . . . .	134
aa) § 809 Var. 2 BGB . . . . .	135
bb) § 810 BGB . . . . .	137
(1) Urkunde . . . . .	137
(2) Zweck oder Inhalt der Urkunde . . . . .	137
(3) Rechtliches Interesse. . . . .	138
(4) Anspruchsgegner. . . . .	139
(5) Würdigung . . . . .	139
2. Auskunftsanspruch nach Treu und Glauben . . . . .	140
a) Rechtliche Sonderverbindung . . . . .	140
b) Entschuldbare Ungewissheit über den Umfang des Rechts . . . . .	142
c) Keine Möglichkeit der Beschaffung auf zumutbare Weise . . . . .	142
d) Möglichkeit und Zumutbarkeit der Auskunft . . . . .	142
e) Inhalt . . . . .	143
3. Durchsetzung der materiellrechtlichen Informations- ansprüche. . . . .	144
4. Fazit. . . . .	145
II. Prozessuale Aufklärungs- und Mitwirkungspflichten . . . . .	146
1. Modifikation der Substantiierungslast. . . . .	147
a) Voraussetzungen und Inhalt . . . . .	147
b) Abgrenzung . . . . .	149

c) Würdigung . . . . .	149
2. Pflicht zur Vorlage nach §§ 422 ff. ZPO . . . . .	151
a) Vorlegungspflicht des Gegners nach bürgerlichem Recht . . . . .	151
b) Vorlegungspflicht des Gegners bei Bezugnahme . . . . .	151
c) Fazit . . . . .	152
3. Anordnung der Urkundenvorlegung nach § 142 ZPO . . . . .	152
a) Diskussionen im Gesetzgebungsverfahren . . . . .	153
b) Vorgeschlagene Einschränkungen . . . . .	154
aa) Beschränkung auf Funktion der materiellen Prozessleitung . . . . .	155
bb) Übertragung der Voraussetzungen des Urkunden- beweises . . . . .	157
cc) Ergebnis . . . . .	158
c) Voraussetzungen der Vorlageanordnung . . . . .	159
aa) Das Ausforschungsverbot . . . . .	159
(1) Bestimmtheit der Tatsachenbehauptung und des Beweismittels . . . . .	160
(2) Behauptungen »ins Blaue hinein« . . . . .	161
(3) Offene Ausforschung . . . . .	162
(4) Fazit . . . . .	162
bb) Substanziierter Tatsachenvortrag . . . . .	163
(1) Entwicklung der Rechtsprechung . . . . .	163
(2) Würdigung . . . . .	165
(3) Ergebnis . . . . .	166
cc) Bestimmte Bezeichnung der Urkunde . . . . .	166
dd) Fazit . . . . .	170
d) Grenzen der Anordnungsbefugnis . . . . .	171
aa) Richterliche Ermessensausübung . . . . .	171
bb) Ermessensreduzierung auf Null . . . . .	172
cc) Ausnahmecharakter . . . . .	173
e) Rechtsfolgen bei Nichterfüllung . . . . .	174
f) Rechtsmittel gegen Vorlageanordnung oder unterlassene Anordnung . . . . .	175
g) Fazit . . . . .	176
4. Ergebnis zu den prozessualen Aufklärungspflichten . . . . .	177
III. Würdigung: Der Fortentwicklungsbedarf . . . . .	177
1. Verbleibende Unzulänglichkeiten und Fortentwicklungs- optionen . . . . .	177
2. Materiellrechtliche und prozessuale Lösung im Vergleich . . . . .	178
a) Primat des materiellen Rechts . . . . .	179
b) Gleichlauf der inner- und außerprozessualen Rechtslage . . . . .	179



c) Grenzen materiellrechtlicher Ansprüche . . . . .	180
d) Prozessuale Lasten- und Pflichtenbegründung. . . . .	180
e) Flexibilität und Einheitlichkeit der prozessrechtlichen Lösung . . . . .	181
f) Möglichkeit zur innerprozessualen Sanktionierung. . . . .	182
3. Lehren aus der rechtsvergleichenden Umschau und den Harmonisierungsbestrebungen. . . . .	183
4. Ergebnis: Fortentwicklung prozessualer Instrumente. . . . .	184
 § 8 <i>Entwicklung einer prozessualen Verwirklichung der Verbindung von Rechtsdurchsetzung und Geheimnisschutz.</i> . . . . .	185
I. Erweiterung der Mitwirkungsverantwortung: Einführung einer sekundären Mitwirkungsverantwortung. . . . .	185
1. Erweiterung der sekundären Behauptungslast . . . . .	186
a) Einführung einer sekundären Vorlegungslast . . . . .	186
b) Grenzen einer sekundären Vorlegungslast . . . . .	187
c) Gesetzgeberischer Handlungsbedarf . . . . .	188
2. Auskunft über Existenz von Urkunden. . . . .	189
a) Einführung einer sekundären Informationslast . . . . .	189
b) Grenzen einer sekundären Informationslast . . . . .	190
3. Abstimmung der Anordnung der Urkundenvorlegung nach § 142 ZPO mit dem Urkundenbeweis nach §§ 422, 423 ZPO . . . . .	190
4. Parteivortrag als Grenze . . . . .	191
5. Fazit. . . . .	192
II. Weigerungsrechte und Privilegien im Prozess . . . . .	194
1. Prozessualer Geheimnisschutz de lege lata . . . . .	195
a) Geheimnisschutz durch den Ausschluss der Öffent- lichkeit . . . . .	195
b) Geheimnisschutz für die Parteien und Dritte. . . . .	196
aa) Geheimnisschutz Dritter . . . . .	197
(1) Sachliches Zeugnisverweigerungsrecht nach § 384 Nr. 3 ZPO . . . . .	198
(2) Persönliches Zeugnisverweigerungsrecht nach § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO . . . . .	198
(3) Ergebnis. . . . .	199
bb) Geheimnisschutz der Prozessparteien . . . . .	200
(1) Hintergrund des Fehlens eines expliziten Geheimnisschutzes . . . . .	200
(2) Keine entsprechende Anwendung der Zeugnisverweigerungsrechte . . . . .	200

(3) Ausnahmsweise zu gewährender Geheimnisschutz. . . . .	201
(4) Auswirkungen für die Parteien. . . . .	202
(5) Ergebnis. . . . .	204
cc) Fazit . . . . .	204
2. Schützenswerte Sphären . . . . .	204
a) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse . . . . .	205
b) Privatsphäre . . . . .	207
aa) Sphärentheorie des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	208
bb) Wirkung im Zivilrecht. . . . .	209
c) Beziehung zwischen Anwalt und Mandant. . . . .	210
aa) Strafprozessualer Schutz. . . . .	211
bb) Schutz im Insolvenzverfahren. . . . .	211
cc) Zivilprozessuale Wertungen. . . . .	212
d) Gefahr strafrechtlicher Verfolgung . . . . .	214
aa) Strafprozessualer Schutz. . . . .	215
bb) Zivilprozessuale Wertungen. . . . .	215
cc) Verfassungsrechtliche Wertung. . . . .	216
dd) Zusammenfassende Würdigung. . . . .	218
e) Öffentliche Interessen. . . . .	220
3. Ergebnis . . . . .	221
III. Umsetzung des Geheimnisschutzes. . . . .	221
1. Mögliche Regelungsmechanismen . . . . .	222
a) Materielles Recht als Vorbild. . . . .	222
b) Prozessuale Vorbilder . . . . .	224
aa) Erkenntnisse aus der rechtsvergleichenden Umschau . . . . .	225
(1) USA . . . . .	225
(2) England . . . . .	225
(3) Zürcherische und Schweizerische Zivilprozessordnung als Vorbild . . . . .	225
bb) Anerkennung von Geheimhaltungsinteressen in der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts. . . . .	227
(1) Mittelbare Beweisführung . . . . .	227
(2) Kritik an der Entscheidung . . . . .	228
(3) Würdigung . . . . .	229
(4) Ergebnis . . . . .	230
cc) Geheimverfahren in der obergerichtlichen Rechtsprechung. . . . .	230
dd) Das Düsseldorfer Verfahren in Patentrechtsstreitigkeiten als Vorbild. . . . .	232
c) Ergebnis . . . . .	234

2. Geheimhaltung und der Anspruch auf rechtliches Gehör . . .	235
a) Verfassungsgerichtliche Rechtsprechung . . . . .	236
b) Sichtweise des Europäischen Gerichtshofs . . . . .	238
c) Sichtweise des Bundesverwaltungsgerichts . . . . .	238
d) Sichtweise des Bundesgerichtshofs . . . . .	239
e) Bewertung . . . . .	239
3. Dogmatische Begründung . . . . .	240
a) Geheimnisschutz der nicht beweisbelasteten Partei . . .	240
b) Geheimnisschutz der beweisbelasteten Partei . . . . .	242
c) Ergebnis . . . . .	244
4. Umsetzung der Geheimhaltung . . . . .	244
a) Verfahrensmäßige Behandlung . . . . .	244
b) Zweistufiges Verfahren . . . . .	246
c) Beteiligung und Einsichtnahmerecht des Anwalts . . . .	247
d) Geheimhaltung im Urteil und vollstreckungsfähiger Tenor . . . . .	248
e) Selbstständige Anfechtung der Vorlageanordnung . . . .	249
f) Vorgelagerte Zeitpunkte des Geheimnisschutzes . . . .	250
5. In camera-Verfahren als ultima ratio . . . . .	251
6. Ergebnis . . . . .	252
IV. Sanktionsmechanismen . . . . .	253

§ 9 Die weitergehenden Forderungen nach einer Aufklärungspflicht der Parteien . . . . .	255
I. Standpunkt der Rechtsprechung . . . . .	256
II. Standpunkt der herrschenden Literatur . . . . .	256
III. Forderungen nach einer Aufklärungspflicht der Parteien . . . .	257
1. Der Ansatz Stürners im Einzelnen . . . . .	258
2. Zustimmungende Stellungnahmen . . . . .	259
IV. Lehren aus den Harmonisierungsbestrebungen und den vereinheitlichten Regelwerken . . . . .	263
V. Würdigung im Lichte der gewonnenen Erkenntnisse . . . . .	264

## Teil 4

### Beweiserleichterungen

§ 10 Gesetzliche Beweiserleichterungen . . . . .	269
I. Glaubhaftmachung . . . . .	270
1. Beweismaßreduktion . . . . .	270
2. Anwendungsfälle . . . . .	271

3. Verfahrensbesonderheiten . . . . .	271
4. Ausweitung auf andere Fälle . . . . .	272
II. Beweiserleichterungen nach § 287 ZPO . . . . .	273
1. Ratio der Beweiserleichterungen . . . . .	273
2. Anwendungsbereich . . . . .	274
a) Abgrenzung . . . . .	274
b) Erweiterungen . . . . .	276
c) Anwendungsbereich des § 287 Abs. 2 ZPO . . . . .	276
3. Rechtsfolge . . . . .	277
a) Beweismaßsenkung . . . . .	277
b) Verfahrenserleichterungen . . . . .	278
4. Vorgebrachte Änderungsforderungen . . . . .	279
a) Neufassung der Vorschrift aus Bestimmtheitsgründen . . . . .	279
b) Ausdehnung des Anwendungsbereichs . . . . .	280
aa) De minimis non curat praetor . . . . .	280
(1) Definition der Kleinigkeit . . . . .	281
(2) Missbrauchsmöglichkeit . . . . .	281
(3) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	282
(4) Unverhältnismäßigkeit . . . . .	284
(5) De minimis-Prinzip im materiellen Recht . . . . .	284
(6) Ergebnis . . . . .	285
bb) Anerkennung prozesswirtschaftlicher Erwägungen . . . . .	286
cc) Materiellrechtliche Lösung als Alternative . . . . .	288
dd) Fazit . . . . .	289
5. Lösungsvorschlag: Prozessuale Änderungen zur Berücksichtigung verfahrenswirtschaftlicher Gründe . . . . .	290
<b>§ 11 Richterrechtliche Beweiserleichterungen . . . . .</b>	<b>291</b>
I. Beweiserleichterungen bis hin zur Beweislastumkehr . . . . .	291
II. Anscheinsbeweis . . . . .	293
1. Voraussetzungen und Rechtsfolgen . . . . .	295
2. Erfahrungssätze als Grundlage des Anscheinsbeweises: Notwendige Differenzierungen . . . . .	296
a) Zwingende Erfahrungssätze . . . . .	297
b) Erfahrungsgrundsätze . . . . .	297
c) Einfache Erfahrungssätze . . . . .	298
3. Gegenbeweis . . . . .	299
4. Dogmatische Einordnung . . . . .	299
a) Keine Beweislastumkehr . . . . .	300
b) Rechtsprechung . . . . .	300
c) Meinungsstand im Schrifttum . . . . .	301

d) Würdigung . . . . .	303
5. Fazit . . . . .	304
III. Tatsächliche Vermutungen . . . . .	305
1. Die Verwendung tatsächlicher Vermutungen	
durch die Rechtsprechung . . . . .	306
a) Umkehr der Beweislast . . . . .	307
aa) Vermutung der Richtigkeit und Vollständigkeit . . . . .	307
bb) Vermutung der Ursächlichkeit . . . . .	308
cc) Vermutung für Wiederholungsgefahr . . . . .	309
dd) Widerlegbare Vermutung bei Nichteinhaltung von DIN-Normen. . . . .	309
b) Beweiswürdigung . . . . .	309
2. Würdigung . . . . .	310
3. Fazit . . . . .	311
IV. Beweisvereitelung . . . . .	312
1. Voraussetzungen . . . . .	313
2. Rechtsfolgen . . . . .	314
a) Die flexible Lösung der Rechtsprechung: Beweis- erleichterungen bis hin zur Beweislastumkehr . . . . .	315
b) Beweislastumkehr . . . . .	315
c) Umkehr der konkreten Beweisführungslast . . . . .	315
d) Beweiswürdigung . . . . .	315
e) Beweismaßsenkung . . . . .	316
f) Wahrunterstellung . . . . .	316
g) Würdigung . . . . .	316
3. Dogmatische Einordnung . . . . .	318
a) Materiellrechtliche Einordnung . . . . .	318
b) Prozessrechtlicher Grundsatz von Treu und Glauben . . . . .	319
c) Prozessrechtliche Begründung . . . . .	320
d) Würdigung . . . . .	320
4. Ergebnis . . . . .	322
V. Beweismaßsenkung im Einzelfall . . . . .	323
VI. Fazit . . . . .	324

## Teil 5

Ausgestaltung und Auslegung des materiellen Rechts  
als Anreizsystem und als Mechanismus  
des Interessenausgleichs

§ 12 <i>Materiellrechtlich veranlasste Beweismaßsenkung</i> . . . . .	327
I. Anforderungen an die Kausalität: Nach der Lebenserfahrung anzunehmende Ursächlichkeit . . . . .	327
II. Voraussetzungen einer Analogie . . . . .	328
III. Würdigung . . . . .	329
IV. Fazit . . . . .	329
§ 13 <i>Gesetzgeberische Risikozuweisung über Vermutungen, Fiktionen und Auslegungsregeln</i> . . . . .	330
I. Überblick und Abgrenzungen . . . . .	331
II. Gesetzliche Vermutungen . . . . .	332
1. Widerlegbarkeit . . . . .	333
a) Unwiderlegbare Vermutungen . . . . .	333
b) Widerlegbare Vermutungen . . . . .	334
2. Vermutungsgegenstand . . . . .	335
a) Tatsachenvermutungen . . . . .	335
b) Rechts(zustands)vermutungen . . . . .	336
3. Dogmatische Einordnung der gesetzlichen Vermutungen . . . . .	338
a) Beweisregel oder Beweislastregel . . . . .	338
b) Behauptungslast des Vermutungsbegünstigten . . . . .	339
4. Hinweispflicht des Gerichts . . . . .	340
5. Zusammenfassung . . . . .	341
III. Fiktionen . . . . .	341
IV. Auslegungsregeln . . . . .	342
V. Fazit . . . . .	343
1. Risikozuweisung über Vermutungen . . . . .	343
2. Zulässigkeit und Grenzen der Anordnung von Vermutungen . . . . .	345

## Teil 6

## Schluss

§ 14 Fazit . . . . .	347
I. Reform des Zivilprozessrechts: Neue Wege zur Feststellung des Sachverhalts . . . . .	347
II. Vorzüge des Prozessrechts – Ergänzungen im materiellen Recht . . . . .	348
III. Verhandlungsgrundsatz und richterliche Prozessleitung im Einklang . . . . .	349
1. Geleiteter Verhandlungsgrundsatz. . . . .	349
2. Beweisantragsrecht . . . . .	350
3. Sozialer Zivilprozess und sporting theory of justice. . . . .	350
4. Maximendenken . . . . .	351
IV. Einbettung der Mitwirkungsverantwortung. . . . .	352
V. Verfahrensökonomie . . . . .	353
1. Verfahrensökonomie als Zielgedanke: Zweckmäßige Gestaltung und Durchführung des Verfahrens. . . . .	353
2. Effizienz durch Parteiverantwortung . . . . .	355
3. Gesetzgeberische Risikozuweisung . . . . .	356
§ 15 Ergebnisse . . . . .	356
I. Konkrete Änderungsvorschläge . . . . .	356
II. Zusammenfassung in Thesen. . . . .	359
Literaturverzeichnis . . . . .	375
Stichwortverzeichnis . . . . .	401